

Medienevent vom 30. August 2023

## Unfaire Sparpläne

*Referat von Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)*

Vor einem Jahr hat der Bundesrat erstmals angekündigt, dass die Bundeskasse in Schieflage ist. Das ist auf steigende Kosten bei verschiedenen gebundenen Ausgaben und zahlreiche vom Parlament beschlossene zusätzliche Ausgaben wie zum Beispiel eine höhere Unterstützung für Kitas zurückzuführen. Die Gesamtaufwände des Bundes sind seit 2010 um 40 Prozent oder fast 24 Mrd. Franken gestiegen. Hohe Wachstumsraten verzeichnen die soziale Wohlfahrt oder der Verkehr. Doch sparen will der Bundesrat nicht dort, wo der Speck sitzt und die Ausgaben stetig wachsen, sondern bei den schwach gebundenen Ausgaben. Auch die Bauernfamilien will er zur Kasse bitten und 2024 das Agrarbudget um 2 Prozent kürzen. Das entspricht rund 66 Mio. Franken oder 1300 Franken pro Bauernfamilie. Hinzu kommen Kürzungen im vierjährigen Rahmenkredit um 0.1 Prozent.

Das Agrarbudget blieb in den letzten 20 Jahren stabil. Im Verhältnis zum Gesamtbudget ist es sogar stark gesunken. Es hat aktuell noch einen Anteil von 4.5 Prozent der Bundesausgaben. Und vor allem handelt es sich nicht um klassische Subventionen. Die Direktzahlungen für die Bauernbetriebe sind an klar vorgegebene, sehr umfangreiche und bis ins kleinste Detail geregelte Leistungen geknüpft. Dabei handelt es sich meist um solche, die von allgemeinerwirtschaftlicher Bedeutung sind und für die keine individuelle Zahlungsbereitschaft besteht. Zum Beispiel zum Schutz der Umwelt, ein generell höheres Tierwohlniveau als im Ausland oder die Pflege der Flächen im Berg- und Alpgebiet.

Um Direktzahlungen zu erhalten, muss beispielsweise jeder Betrieb mindestens 7 Prozent seiner Fläche für die Förderung der Biodiversität einsetzen. Und obwohl wir bereits heute eines der strengsten Tierschutzgesetze weltweit haben, machen unsere Bauernfamilien mehr fürs Tierwohl, indem sie an den Programmen für besonders tierfreundliche Stallhaltung und regelmässigen Auslauf ins Freie teilnehmen.

Diese Leistungen sind mit Mehraufwänden und Mindererträgen verbunden, die sie sich nicht vollumfänglich in höhere Produzentenpreise ummünzen lassen. Und nun sollen diese Zahlungen gekürzt werden? Die Leistungen müssen weiterhin erbracht werden, die Entlohnung aber schmilzt dahin.

Diese Schere hier verdeutlicht, wie die Auflagen an die Produktion und die versprochenen Entschädigungen dafür immer weiter auseinanderklaffen. Das können wir nicht akzeptieren!